

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister Wowereit,
Sehr geehrter Staatsminister Neumann,
Sehr geehrter Bischof Dröge,
Sehr verehrte, liebe Frau Knobloch,
Sehr geehrter Herr Peritore,
sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Berliner
Abgeordnetenhauses,
sehr geehrte Botschafter Handelsmann,
sehr geehrte Vertreter gesellschaftlicher Einrichtungen,
Lieber Herr Steinbach.

Für das Ausstellungsteam begrüße ich stellvertretend die beiden Kuratoren Klaus Hesse und
Andreas Sander sowie unseren Gründungsdirektor Reinhard Rürup.

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, schien es vielen
Deutschen, als handele es sich nur um eine weitere der häufigen Regierungsbildungen, die
man in den Jahren der Weimarer Republik erlebt hatte.

Es handelte sich um eine Regierungsbildung mit mehr oder weniger demokratischen Mitteln
- jedoch mit der Besonderheit, dass hier Politiker an die Macht gekommen waren, die von
vornherein die Absicht hatten, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen und durch ein
autoritär staatliches politisches System ohne freie Wahlen und Parteien und ohne
unabhängige Justiz ersetzen.

Die Presse reagierte auf den 30. Januar verhalten, um nicht zu sagen gleichmütig. Auch die
Reaktion großer Teile der Bevölkerung war von Gleichmut, Resignation und Desinteresse
geprägt.

In der KPD und radikalen Linken überwog die Vorstellung, Hitler sei eine Marionette des
deutschen Großkapitals ohne wirkliche Zukunft, ja nur eine bittere, aber eben doch nur eine
Etappe auf dem angeblich unaufhaltsamen Weg zur kommunistischen Revolution in
Deutschland.

Joseph Goebbels dagegen schrieb bereits am 6. August 1932 in sein Tagebuch: "Haben
wir die Macht, dann werden wir sie nie wieder aufgeben, es sei denn, man trägt uns als
Leichen aus unseren Ämtern hinaus."

Die eigentlichen Zäsuren, die dem gesamten Land vor Augen führten, mit welcher
Skrupellosigkeit Hitler und Göring die Zerschlagung des Rechtsstaates anstrebten, bildeten
erst der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 mit der auf ihn folgenden Suspendierung
der demokratischen Rechte durch die „Reichstagsbrandverordnung“ und das sogenannte
Ermächtigungsgesetz. Sie führten zur Zerschlagung der politischen Opposition, zur
endgültigen Entmachtung des Parlaments, zur Liquidierung des gesamten Parteiensystems
und zur politischen Alleinherrschaft der NSDAP. Am 5. April 1933 berichtete der
französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, nach Paris:
"Als am 30. Januar das Kabinett Hitler/ Papen zur Macht kam, versicherte man, dass in der
Regierung die Deutschnationalen... Hitler und seinen Mitkämpfern Paroli bieten würden, dass

die nationalsozialistische Partei mit der Feindschaft der Arbeiterklasse zu rechnen habe und dass schließlich die Katholiken der Zentrumspartei die Legalität verteidigen würden. Sechs Wochen später muss man feststellen, dass all diese Dämme, die die Flut der Hitlerbewegung zurückhalten sollten, von der ersten Welle hinwegspült wurden."

Im Sommer 1933, nach der Ausschaltung der gesamten politischen Konkurrenz durch die Nationalsozialisten, berichtete er, dass "Hitler in fünf Monaten eine Wegstrecke zurückgelegt hat, für die der (italienische) Faschismus fünf Jahre brauchte."

Das Ende der Demokratie in Deutschland wurde nicht erst am 30. Januar 1933 besiegelt. Die antidemokratische Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung - und zwar der rechts ebenso wie links eingestellten - hatte diesem Tag und allem, was danach geschah, lange vorher den Weg geebnet. Er war das Ergebnis der vorhergegangenen Aushöhlung und des gezielten autoritären Umbaus der Weimarer Verfassungsrealität vor allem in den letzten Jahren der Republik. Der 30. Januar 1933 steht somit im größeren Zusammenhang eines Prozesses, der sich über den Zeitraum mindestens der Jahre 1930 bis 1934 erstreckte.

Der 30. Januar 1933 besiegelte nicht nur das endgültige Ende der Demokratie in Deutschland. Wie der Hitler-Biograph Ian Kershaw 1998 schrieb, setzte an diesem Tag auch „jener Prozess ein, der in einen Abgrund aus Krieg und Völkermord (...) führen sollte. (...) Dieser Weg endete in Auschwitz.“.

Unsere Bundesrepublik wurde in den letzten knapp 1 ½ Jahren durch die damals aufgedeckten NSU-Morde erschüttert. Es gibt an diesem traurigen Kapitel unserer Nachkriegsgeschichte nichts, was einen trösten könnte. Es sei denn der einmütige Aufschrei unserer Öffentlichkeit, der Parteien und der Parlamente: Das war und ist eindrucksvoll.

Angesichts der Millionen Toten der NS-Rassenpolitik, der NS-Gesundheitspolitik und der von den Nationalsozialisten angezettelten Kriege und angesichts der großen Opfer unter den politischen oder weltanschaulichen Gegnern, kann man natürlich wie Primo Levi, ein Überlebender der Vernichtungslager es einmal versucht hat zu formulieren, sagen: Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen. Wir setzen dem entgegen:

Jeder an seinem Platz in Schulen, in Universitäten, am Arbeitsplatz, in Parteien oder Parlamenten muss dafür sorgen, dass es nie wieder geschieht. Deshalb machen wir diese politische Bildungsarbeit in der Stiftung Topographie des Terrors, finanziert zu je 50% von Bund und Land und sind dankbar, dass sich im vergangenen Jahr mehr als 900.000 Menschen mit diesen Dokumenten hier auseinandergesetzt haben.

Ich freue mich, jetzt das Wort an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit zu übergeben.